



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Integrationsbüro EDA/EVD
Information

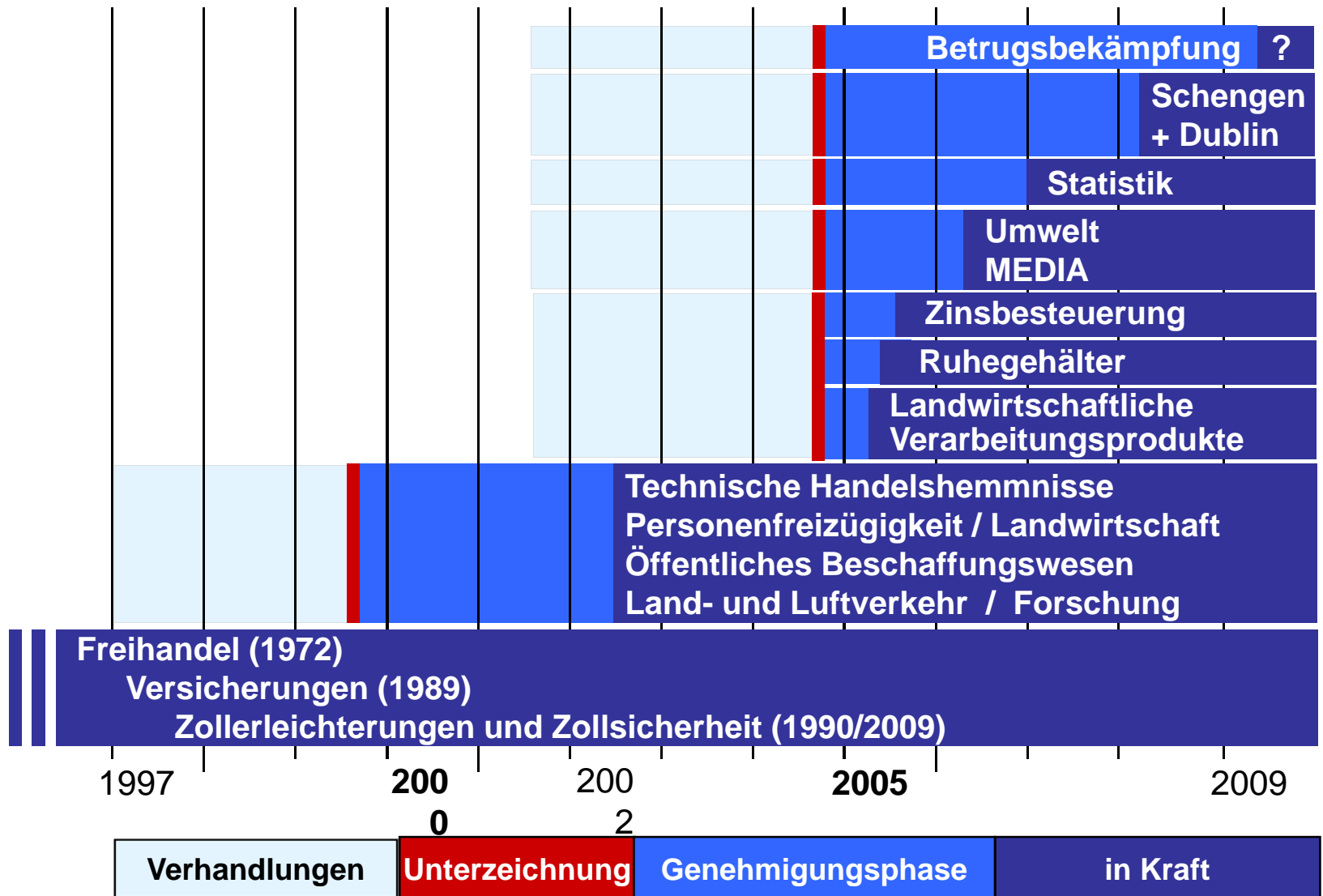
Schweizerische Europapolitik: Die bilateralen Abkommen



August 2009



Übersicht der bilateralen Abkommen





Freihandel

- Schafft eine Freihandelszone Schweiz-EU für industrielle Erzeugnisse
 - Verbiendet jegliche Zölle oder mengenmässige Beschränkungen im Handel mit Industriewaren
- Seit 1973 in Kraft
- Grosse Bedeutung für das Exportland Schweiz (2008 exportierte die Schweiz Waren im Wert von 128 Mrd. CHF in die EU-Staaten)





Versicherungen

- Gewährt gegenseitige Niederlassungsfreiheit für Unternehmen im Bereich der Direktversicherungen (ohne Lebensversicherung)
 - Seit 1993 in Kraft
 - Wichtig für die international tätigen Versicherungsgesellschaften





Zollerleichterungen und Zollsicherheit

- Regelt die Kontrollen und Formalitäten an der Grenze im Güterverkehr zwischen der Schweiz und der EU
 - Ziel: Vereinfachung der Zollabfertigung der Waren
-
- Seit 1991 in Kraft
 - Vorläufige Anwendung des revidierten Abkommens (24-Stunden-Regel): 1. Juli 2009
 - Täglich überqueren 23 000 Lastwagen die Schweizer Grenze in beide Richtungen



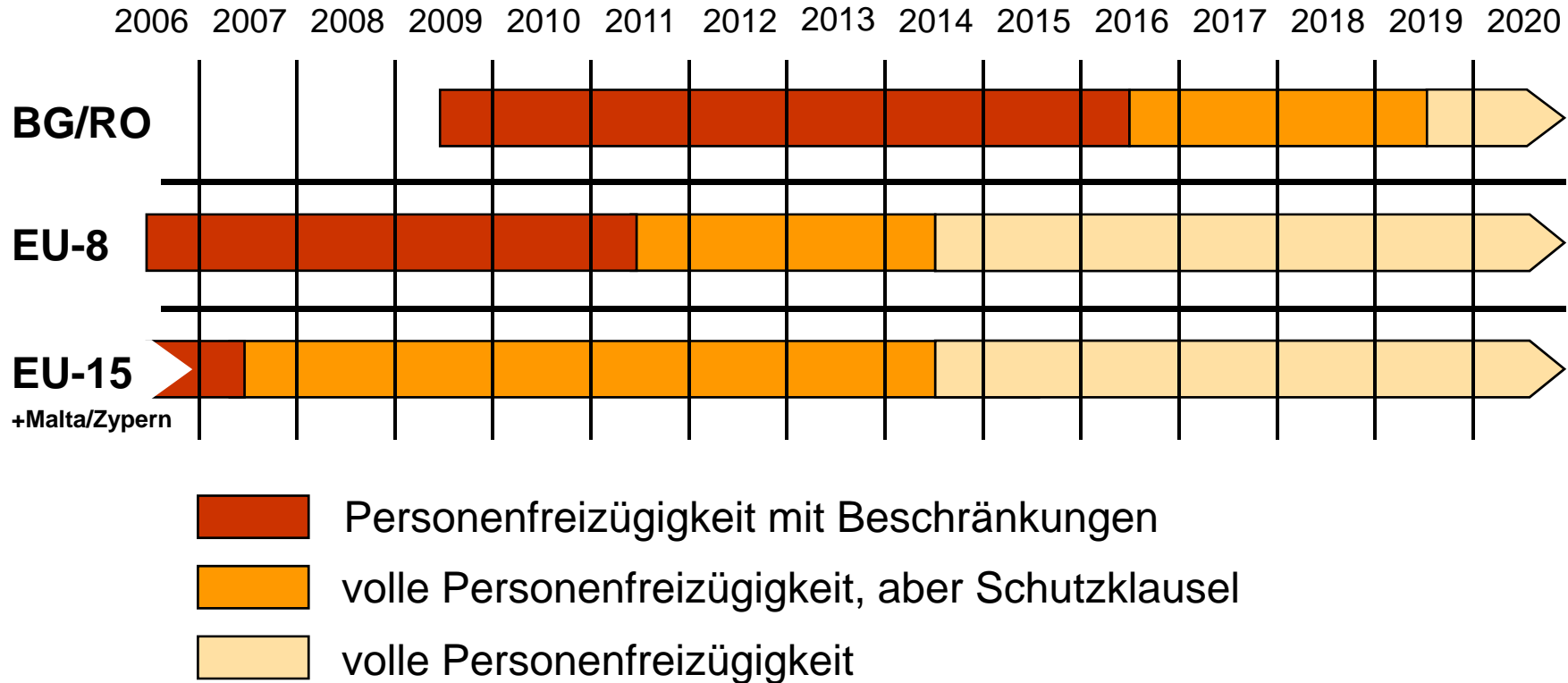


Personenfreizügigkeit

- Gleichbehandlung von Schweizern und EU-Bürgern bei Wohnsitz- und Arbeitsaufnahme
 - Gegenseitige schrittweise und kontrollierte Öffnung der Arbeitsmärkte (Übergangsregelungen)
 - Anerkennung von Berufsdiplomen
 - Koordination der Sozialversicherungssysteme
 - **Flankierende Massnahmen** zum Schutz der Arbeitnehmer (Sicherung der Schweizer Lohn- und Arbeitsstandards)
-
- Seit 2002 in Kraft
 - Wichtiger Wachstumseffekt: die Schweizer Wirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen
 - Bessere Chancen für Schweizer in der EU



Übergangsregelungen





Technische Handelshemmnisse

- Gegenseitige **Anerkennung von Konformitätsbewertungen** für die meisten Industrieprodukte (d.h. bspw. Prüfung der Einhaltung von Produktvorschriften betreffend Konsumenten- oder Umweltschutz)
 - Seit 2002 in Kraft
 - Schweizer Hersteller erhalten in den vom Abkommen abgedeckten Bereichen einen Marktzugang, der demjenigen ihrer EU-Konkurrenten weitgehend gleichkommt
 - Die Unternehmer sparen Geld und gewinnen Zeit bei der Vermarktung neuer Produkte in Europa



Öffentliches Beschaffungswesen

- Dehnt die Regeln der Welthandelsorganisation WTO über das öffentliche Beschaffungswesen aus
 - Neu werden auch grössere Auftragsvergaben von Gemeinden oder konzessionierten Unternehmen der Ausschreibungspflicht unterstellt
-
- Seit 2002 in Kraft
 - Mehr Wettbewerb, weniger Ausgaben bei der öffentlichen Beschaffung
 - Schweizer Unternehmen haben zusätzliche Möglichkeiten, sich bei Ausschreibungen in den EU-Staaten zu bewerben





Landwirtschaft

- Vereinfacht den Handel mit Agrarprodukten zwischen der Schweiz und der EU durch den Abbau von Zöllen und die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse
- Schafft eine Teilliberalisierung des Landwirtschaftsmarkts (Freihandel lediglich für Käse ab 1.6.2007)
 - Seit 2002 in Kraft
 - Die EU ist der wichtigste Exportmarkt für Schweizer Agrarausfuhren.
 - Namentlich der Käse weist ein kontinuierliches Exportwachstum auf: + 9% im jährlichen Durchschnitt (2006-2008)





Landverkehr

- Einführung einer Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und Erhöhung der maximalen LKW-Gewichtslimite auf 40 Tonnen
 - Trägt zur Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene bei
 - Koordiniert die schweizerische Verkehrspolitik mit der EU mit dem Ziel, den Ansprüchen einer wachsenden Mobilität und des Umweltschutzes gerecht zu werden
-
- Seit 2002 in Kraft, Transitabkommen ab 1992
 - 2007: 64% des alpenquerenden Güterverkehrs auf der Schiene
 - Der Erlös der LSVA (2007: 1,34 Mrd. CHF) wird für den Ausbau der Bahninfrastruktur verwendet



Luftverkehr

- Gegenseitiger Zugang der Fluggesellschaften zu den Luftverkehrsmärkten
 - Seit 2002 in Kraft
 - Schweizer Fluggesellschaften erhalten die selben Wettbewerbsbedingungen wie ihre Konkurrenz in der EU und werden bspw. bei den Landerechten nicht mehr diskriminiert



Forschung

- Beteiligung der Schweizer Forschung (Universitäten, Unternehmen, Einzelpersonen) an den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP)
 - Die 7. FRP (2007-2013) sind mit einem Gesamtbudget von rund 54,6 Mrd. Euro (83 Mrd. CHF) ausgestattet. Der Schweizer Beitrag an diese Programme beläuft sich auf ca. 2,3 Mrd. CHF.
-
- Seit 2002 in Kraft, wurde 2004 und 2007 erneuert
 - Die Erfolgsquote der Schweizer Projekteingaben lag bisher über dem europäischen Durchschnitt.
 - Die Beitragszahlungen flossen zu über 100% in Form von Projektunterstützungen in die Schweiz zurück








Schengen

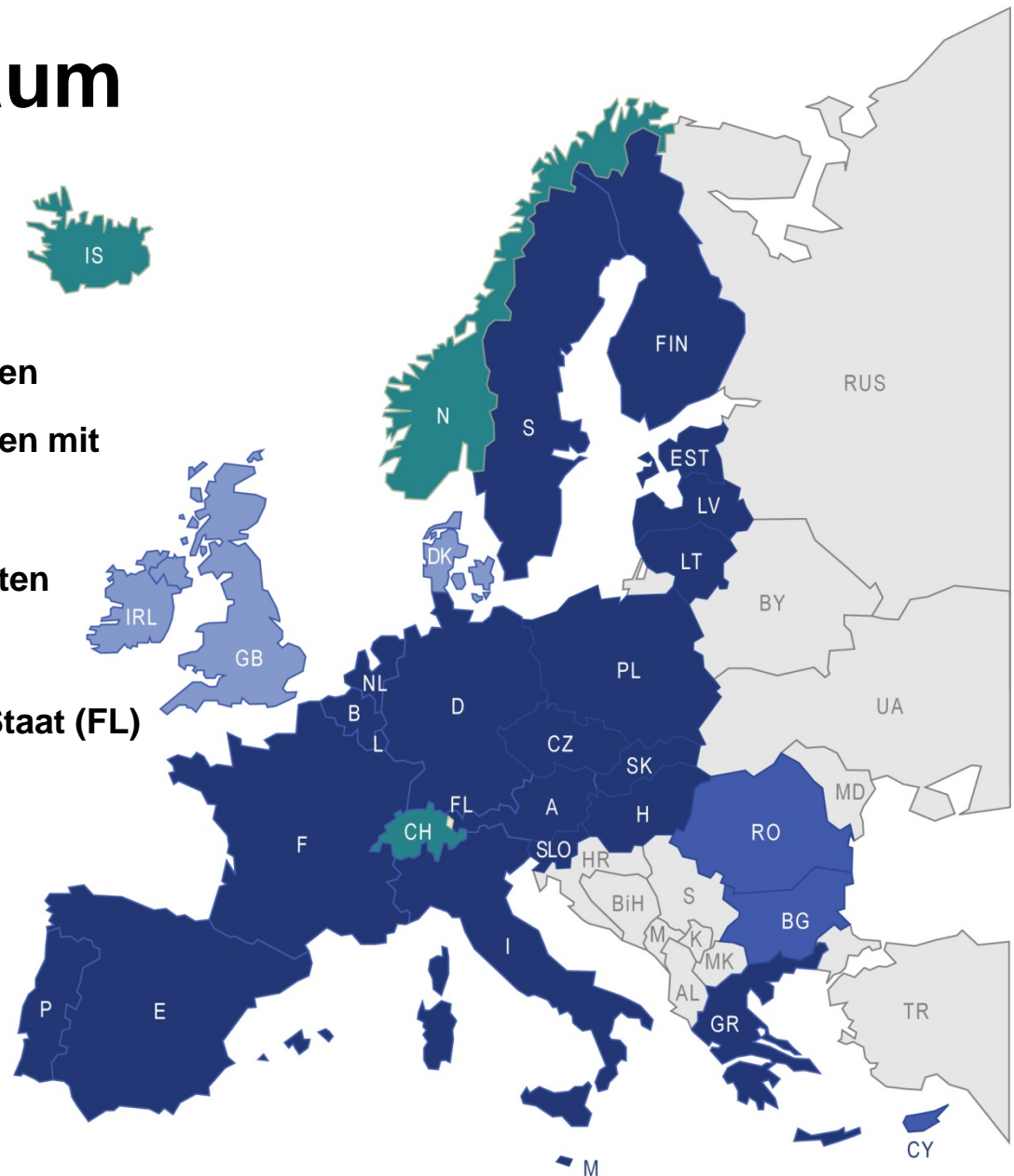
- Erleichtert den Reiseverkehr durch die Aufhebung der Personenkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen
 - Gewährleistet die Sicherheit dank verstärkter grenzüberschreitender Polizei- und Justizzusammenarbeit, u.a. mittels dem Schengen-Informationssystem SIS (seit August 2008)
 - Dehnt den Anwendungsbereich des Schengen-Visums (3 Monate gültig) auf die Schweiz aus
-
- Operative Beteiligung: 12. Dezember 2008
 - Zugang zu wichtigen Instrumenten der internationalen Kriminalitätsbekämpfung
 - Wirtschaftliche Vorteile für den Tourismus





Schengen-Raum

-  Schengen Mitgliedstaaten
-  Schengen Mitgliedstaaten mit speziellem Status
-  Zukünftige Mitgliedstaaten
-  Assoziierte Staaten
-  Zukünftig assoziierter Staat (FL)





Dublin

- Koordiniert die nationale Zuständigkeit für ein Asyl-Verfahren
- Entlastet die nationalen Asylwesen durch Vermeidung von Mehrfachgesuchen
- Ermöglicht den Zugang zur Fingerabdruck-Datenbank EURODAC

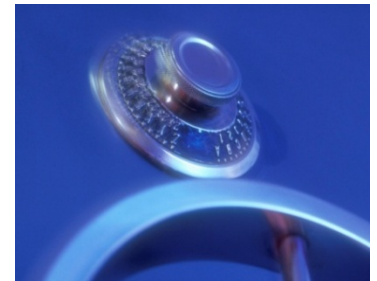
➤ Operative Beteiligung: 12. Dezember 2008
(wie Schengen)





Zinsbesteuerung

- Erlaubt eine grenzüberschreitende Besteuerung von Zinserträgen von Personen mit Steuersitz in der EU
 - Steuerrückbehalt steigt stufenweise auf 35% (2009: 20%)
 - Erlös wird aufgeteilt: 75% EU-Staaten / 25% Schweiz
 - Informationsaustausch auf freiwilliger Basis oder auf Anfrage bei Steuerbetrug
 - Nullbesteuerung auf Dividenden oder Lizenzen zwischen verbundenen Unternehmen
-
- Seit 1. Juni 2005 in Kraft
 - Steuerertrag 2008: 738 Mio. CHF, davon 554 Mio. (75%) an die EU-Mitgliedstaaten und 184 Mio. (25%) an die Schweiz





Betrugsbekämpfung

- Verbessert die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schmuggel sowie anderen Deliktformen im Bereich indirekter Steuern (Zoll, Mehrwertsteuer, Verbrauchssteuern)
 - Seit dem 8. April 2009: Vorzeitige Anwendung durch die Schweiz gegenüber denjenigen EU-Mitgliedstaaten, die das Abkommen ratifiziert haben
 - Inkrafttreten nach Ratifizierung durch die Schweiz sowie durch jeden einzelnen EU-Mitgliedstaat und die EG selbst



Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (Protokoll zum Freihandelsabkommen)

- Erleichtert den Handel mit verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten (= Nahrungsmittel wie bspw. Schokolade, Biskuits, Teigwaren u.a.)
 - Erlaubt einen zollfreien Export von Produkten der Schweizer Nahrungsindustrie
- Seit 30. März 2005 in Kraft
- Der Export von verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten in die EU hat von 2005 bis 2008 im Schnitt um 16% pro Jahr zugenommen





Statistik

- Passt die statistische Datenerhebung der Schweiz an die Standards von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften an
 - Schafft Zugang zu einer europaweiten Basis vergleichbarer Daten zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen
-
- Seit 1. Januar 2007 in Kraft
 - Breite statistische Grundlagen sind eine Voraussetzung für fundierte Entscheidungen in Wirtschaft und Politik



Umwelt

- Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Umweltagentur (EUA). Diese sammelt und analysiert Daten über die Lage der Umwelt und berät die Europäische Kommission in der Umweltpolitik.
 - Seit dem 1. April 2006 in Kraft
 - Zugang zu einer europaweiten Umweltdatenbank, welche zahlreiche Bereiche wie bspw. Luft, Wasser, Lärm, Boden, Abfall und Artenvielfalt umfasst





MEDIA

- Beteiligung der Schweizer Filmschaffenden am MEDIA-Programm der EU

„MEDIA 2007“ unterstützt in erster Linie den Vertrieb und die Vermarktung von europäischen Filmen über die Landes- und Sprachgrenzen hinaus. Das Budget (Laufzeit 2007-2013) beträgt 755 Mio. Euro.

- Seit dem 1. April 2006 in Kraft
- 11. Okt. 2007: Unterzeichnung des erneuerten Abkommens
- Seit dem 1. Sept. 2007: Provisorische Anwendung
- Bessere Chancen für Schweizer Filme in Europa
- Vielfältigeres Filmangebot in der Schweiz



Ruhegehälter

- Beseitigt die Doppelbesteuerung von Pensionen ehemaliger EU-Beamtinnen und Beamter, die in der Schweiz wohnen
- Seit dem 31. Mai 2005 in Kraft
- Von diesem Abkommen sind etwa 50 Personen betroffen





Bildung, Berufsbildung

- Beteiligung der Schweiz an den Bildungsprogrammen der EU
- Verbessert das Angebot und die Mobilität in der Aus- und Weiterbildung
- Steigert die Ausbildungsqualität und verbessert die Chancen jedes Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt

Die Programme „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“ sind mit einem Gesamtbudget von 7 Mrd. Euro (Laufzeit 2007-2013) ausgestattet.

- Paraphierung: 6. August 2009
- 2008 nutzten etwa 2700 Schweizer Jugendliche die Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts in der EU